

Jenseits des Wachstums?!

Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben.

Kongress
20.-22. Mai '11
TU Berlin



Dr. Hans-Joachim Schabedoth, Funktionsbereich Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik

Podium 7: Postwachstumsökonomie demokratisch gestalten: Markt, Plan, Solidarische Ökonomie?

Problemlösungsperspektive mehr Demokratie in der Wirtschaft

Seit dem Herbst 2008 sieht sich Wirtschaft und Politik mit einem gigantischen ökonomischen Scherbenhaufen konfrontiert, den der Zusammenbruch der kunstvoll aufgeschichteten Kartenhäuser auf den nationalen und internationalen Finanzmärkten hinterlassen hat. Die marktradikale Doktrin, wonach das Streben nach dem Höchstprofit zur Quelle maximaler Wohlstandsgewinne für alle werden kann, ist krachend gescheitert und hat maximale Schäden hinterlassen. Die Nationalstaaten haben mit guten Steuergeldern den totalen Zusammenbruch der Finanzmarktssysteme vermieden und befinden sich als die Retter aus der damaligen Not jetzt selbst unter dem Druck immer noch weitgehend unregulierter Finanzmärkte. Sie diktieren ihnen die Bedingungen, zu denen sie sich neu verschulden müssen, weil sie die drückenden Finanzierungslasten ihrer einstigen Rettungstaten nicht völlig und sofort auf alle Bürgerinnen und Bürger überwälzen können. Verursacher und Nutznießer der Finanzkrise bleiben bislang weitgehend frei von einer Mithaftung. Es ist so, als wollten Wirtschaft, Politik, aber auch Wählerinnen und Wähler aus den angerichteten Schäden nicht klüger werden.

Sollen den großen Schäden nicht noch größere folgen, ist ein grundlegender Kurswechsel, weg vom entfesselnden Marktradikalismus hin zu einer sozialen marktwirtschaftlichen Demokratie notwendig. Die Regeln des bisherigen Wirtschaftens müssen umgeschrieben werden. Leitfrage ist dabei nicht mehr, wie wir leben müssen, damit das Wirtschaften im globalisierten Wettbewerb die höchsten Profite einträgt. Die entscheidende Leitfrage ist, wie wir leben wollen. Daraus ergeben sich dann neue Zielbestimmungen, um die Weichen für Wirtschaft, Arbeit, Bildung Sozialstaat und Demokratie neu zu stellen.

Eine Schlüsselrolle spielt dafür mehr Demokratie in der Wirtschaft. Das bedeutet ganz konkret, der Staat gewinnt seine Steuerfähigkeit zurück und nutzt seine Handlungschancen als makroökonomischer Akteur. Er greift aktiv in das Wirtschaftsgeschehen ein, als Rahmensetzer und Investor und nicht zuletzt als Garant sozialer Demokratie. Mehr Demokratie in der Wirtschaft, das zwingt den entfesselten Finanzmarktkapitalismus zurück in ein Ordnungsgefüge, dessen Basis ethische Werte und nicht ewige Maximalprofite sind. Mehr Demokratie in der Wirtschaft, das bedeutet die Rückeroberung des Vorrangs der Politik und die damit verbundene Abwehr neuer Attacken der Märkte auf den Rest der Gesellschaft. Und mehr Demokratie in der Wirtschaft, das geht nicht ohne den Abbau von Fremdbestimmung im Arbeitsleben durch entfaltete Mitbestimmung. Schließlich bedeutet Wirtschaftsdemokratie ein ständiges Bemühen, damit gute Arbeit nicht Ausnahme bleibt, sondern zur Regel für alle wird.